

Forum
Neue **P**olitik der **A**rbeit

Protokoll der Jahrestagung am 11.+ 12. März 2011

Neue Wirtschaftsdemokratie und europäische Wirtschaftspolitik

Freitag, 11. März

Grußwort Rainer Knerler

- erstmals findet eine Tagung des FNPA in Kombination mit dem DGB Bildungswerk statt.
- FNPA und DGB Bildungswerk passen gut zusammen, daher wird über eventuelle Kooperation nachgedacht → ähnliche Ziele: BILDUNG
- **These: „Wissen ist Macht“** → dafür arbeitet das Forum seit 10 Jahren → Führen analytische und kritische Debatten, um gesellschaftliche Veränderungen voranzutreiben
 - Wilhelm Liebknecht → Vater von Karl Liebknecht – alte SPD Forderung – mehr Wissen und Macht und Forderung, dass sich die Arbeiterklasse politisch beteiligen sollte
 - Nicht nur Postulat der Arbeiterbewegung, sondern auch der Wissenschaft /Stichwort: Epos Homea oder auch Francis Bacon → Grundstein/ Philosophie/ Erkenntnis der Aufklärung
- Forum soll (so weit wie möglich) finanziell unterstützt werden
- nicht jede Gewerkschaft hat so ein Forum
- USA (Wisconsin/Ohio): „Haushaltsdefizitbericht“ → neue Haushaltspolitik: im öffentlichen Dienst kein Streikrecht bzw. Gewerkschaftsrecht, Gesetze zum Verbot des Streikrechts seien vorformuliert und in Ohio bereits durchgesetzt, dazu Artikel in der Financial Times
Deutschland: Stichwort: DB Bahn-Streik, „Gerichte müssen solche Streiks verbieten“ ← Redakteur hätte nur im letzten Satz recht, das man sich dagegen wehren müsse.
→ Dies ist ein massiver Angriff auf Demokratie, Menschenrechte und Zivilrechte!!!
- **Wirtschaftsdemokratie** oder „neue“ **Wirtschaftsdemokratie** sind gutes Thema für das Forum: Nur Politische Demokratie = halbe Demokratie → ökonomische Demokratie notwendig!

Einführung Dieter Scholz

- Betont: Verdienst für das Forum gilt nicht nur Einem, sondern ALLEN!
 - Inzwischen 9. Jahrestagung!!!
- Uli Thöne wegen eines Autounfalls verhindert
- Auf die Aktualität des Themas hätte Rainer bereits hingewiesen
- **These: „Demokratische Revolution?“** (aktuell) – zu gewagt?
 - **„Wir erleben gerade eine Zäsur!“**
Im Vergleich zur „Tea Party“ → NEIN
 - Verlegung der Posten → Widerstand

- Widersprüche nehmen zu – revolutionäre Tendenzen, (Bewegungen hätten aber demokratische Potenz)
- Forum muss Thema bedenken, ob das der richtige Weg ist
- **Rolle von (neuen) Technologien:** Internetseite aufbauen zum Thema Wirtschaftsdemokratie
Sammlung von Dokumenten, Forum + Website soll Knotenpunkt für Impulse zum Thema sein, Anschub im Kontext
- Bitte: Wissen + Ideen einbringen – Leitthesen bilden
- „Wir verstehen uns als Knotenpunkt eines Netzwerks.“
- Danksagung an Pia und ihre Familie für die ausführliche Dokumentation der letzten Tagung.

„Kurswechsel: Primat der Politik – Mehr Demokratie in der Wirtschaft“ Vortrag von Dr. Martin Allespach

Die letzten beide Jahre (2010 und 2009) stellen eine Zäsur dar:

Weltwirtschaftskrise stellte eine noch nie zuvor erlebte Krise seit den 1930er Jahren dar, viele Industriebetriebe mussten zweistellige Produktionsrückstände verzeichnen → Metall- und Elektroindustrie z. T. über 25%; Maßnahmen: Kurzarbeit, Sicherung von Kreditlinien, Umweltprämie etc.

In der größten Krisenzeit der BRD: DGB hat gut reagiert: gewerkschaftliche Intervention war erfolgreich,

ausländische Staaten bewundern „glimpflich“ Ausgang der Krise in Deutschland – „GERMAN JOB WUNDER“ – Jetzigen Weg weitergehen?

Mitbestimmungskultur, soziale Sicherungssysteme, Arbeitsbeziehungen etc. verhinderten Massenentlassungen.

Keine weiteren Verschuldungen mehr möglich bei allen Staaten – grundlegender Kurswechsel nötig in Industrie und Gesellschaft!

Schuldenberg (Stichwort: USA und Griechenland): Zeigen uns den Spielraum, den wir noch hätten: Finanzspritzen etc., Gefahren: Umweltverschmutzung

APELL: Wechsel in Wirtschaft und Umwelt!

- Neoliberale („neoliberales Projekt“) sehen keinen Grund für einen neuen Weg
Niedriglohnssektor breitet sich aus, keine Änderung in Sicht.

Veränderung der Beziehung zwischen Unternehmen und Gewerkschaften → Kooperation, aber als IGM zu mächtig, wieder rückläufig.

Kern der neoliberalen Politik:

- Dialektik der Gegenaufklärung
- Ausschalten des eigenen Verstandes
- ökonomische Regulierung von Import/Export für Wachstum ohne auf Umwelt oder Soziales einzugehen, Anpassung an Sachzwänge
- *Good Governance* durch *Wirtschaften* (?) → **Defizitenausgleich**
- Sorge um gute Eliten
- *Green New Deal* – Regulierung Staat + Nachhaltigkeit + Nutzen der Zwänge
- Marktzwänge listig für gesellschaftliche Ziele einsetzen
- Monopol Energie und AKW-Laufzeitverlängerung = Folgen von Vertrauen in Marktmechanismen
- IG-Metall – Regulierung der Firmenmärkte – strenger!
- Staat mit Verantwortung für soziale Gerechtigkeit
- Kurswechsel Industriepolitik mit Nachhaltigkeit (sozial + ökologisch)
- mehr Demokratie in der Wirtschaft – mehr Mitbestimmungsrechte und Mitbestimmungswege

„Anliegen/Ziele der IGM“:

1. **Regulieren von Finanzmitteln**
→ Kapitalbesitzer suchen kurzfristigen Profit ≠ Allgemeinwohl
2. **Sozialer Staat muss seine Aufgaben wiederfinden:**
 - soziale Demokratie
 - Sozialstaat muss aktiv sein für soziale Gerechtigkeit
 - solidarisch & handlungsfähig
 - ≠ Nachwächterstaat!!!
3. **Sozialer und ökologischer Umbau der Industriegesellschaft**
 - Wandel
 - Nachhaltigkeit
 - soziale und ökologische Verpflichtung
 - Mitbestimmung der Arbeitnehmer
4. **Mehr Demokratie in der Wirtschaft**
 - nicht nur ökon. Krise, sondern auch Legitimationskrise der Politik
 - C. Crouch: Postdemokratie

- Misstände:
 - Wachsende Politikverdrossenheit
 - Menschen = Objekte (werden rumgeschubst)
 - Lobbyisten der Finanzen bestimmen zunehmend mehr Richtlinien in der Politik
 - Rücksichtslose Politik: Betriebsverlegung als Drohung, Leistungsdruck u v m.
- Forderung nach mehr Mitbestimmung und mehr Beteiligungsrechten
→ Stichwort: VW Gesetz – Keine Verlagerung OHNE Zustimmung des Betriebsrats
- Mitbestimmung hebt keine Interessensunterschiede auf, aber stellt einen Beitrag zum sozialen Frieden dar
- Konzept: Partizipation
- Idee des guten und gelungenen Lebens – Konzept Aufklärung
- **Ziel:** „gutes und gelungenes Leben für Alle“

Rückfragen und Debatte im Plenum

Moderation: Dieter Scholz

Fragen und Beiträge:

Wie können wir die Konzepte umsetzen? (Gegen das gegenwärtige Herrschaftsmodell) – **(Paul Oehlke):**

- Vor 40 Jahren: Diskussion: Demokratie und Mitbestimmung
- Markt sei nicht nur eine neoliberale Erkenntnis, sondern auch ein Herrschaftsmodell, das institutionell gesichert sei, wie kann hier Herrschaft mit demokratischen Mitteln eingeschränkt werden? Wie kann Demokratie in diesem Prozess umgesetzt werden?

Wie Macht ohne Herrschaft aufbauen? – **(Frieder)**

- **Stichwort: Machtkonstellation** – Das sei die 1 Mio. Dollar Frage!!!

Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (in die Köpfe der Kollegen bringen) – Industriepolitik? – Agentur für Arbeit und Strukturwandel? (Rückbesinnung) – **(Olivier)**

- (Bsp. „Gutes Leben“ – Schwierigkeiten und Möglichkeiten darstellbar)
- Betriebswirtschaftliche Rationalität vs. moralische Grundsätze
- Produktionszyklus diktatorisch

- Regelung des GG gültig in Betrieben/ Arbeitszeit nicht selbstverständlich

Salzgitter/VW (Stichwort VW-Gesetz) – Das IST eine Machtfrage! – (**Stoffregen, IG-Metall, Niedersachsen**): Zwei Unternehmen nicht so stark von der Krise betroffen: VW (20%) und Salzgitter (25%) → staatliche Aktienanteile → Ministerpräsident habe starkes Interesse, dass die Anteile [Aktienpakete] bleiben, Messe AG (Staat und Land → Aktienpaket), → MACHTFRAGE

Wie Ziel erreichen? – gibt Olivier Recht zur Agentur für Arbeit und Wandel – Netzwerke! – soziale und organisatorische Neuerungen – Gewerkschaften mehr Jugendarbeit – demokratisch umsetzen (Thema „Politikverdrossenheit“) – (**Helmut Martens**)

- Zur MACHTFRAGE: *Wie lassen sich die Strukturen von Politik und Wirtschaft miteinander verknüpfen? Wie skandalisieren? Welche Konzepte zur Mobilisierung?*

Einsicht bei lokalen Akteuren? – „auskömmliche Löhne“? z.B. Arbeitsamt Brandenburg

- Aktive Jugendarbeit → für mehr Demokratie und zur Verhinderung von Abwanderung

Kampfansage Neoliberale (als solche verstanden) – **Solidaritätsdenken** zentraler Punkt zum Vortrag als ein Element – das Solidaritätsdenken muss wiederhergestellt werden – betriebliche Veränderung + gesellschaftliche Konsequenzen, die aus neuen Wegen resultieren würden – (**Dieter Scholz**)

- In der Vergangenheit: Versuch der Verteidigung von KORPORATISMUS → nicht als Kampfansage → Konzept wieder aufgegriffen in der Finanzkrise
- An Olivier: Wenn Demokratie in der Wirtschaft
 - Herausforderung der Solidaritätsgedanken
 - Solidarität als Ausgangspunkt und Bedingung für Demokratie
 - Spaltungslinien bekämpfen
 - Stärkung der **Solidarisierungs- STRATEGIEN** über Arbeitspolitiken, Debatten zur Subjektivierung der Arbeit, Projekt „Gute Arbeit“ → Wiederherstellung von Solidaritätsprozessen
 - **SOLIDARITÄT & DEMOKRATIE**

Wie verhält sich der betriebliche Ausbau von Mitbestimmung auf die Gesellschaft? ↔ Umbau in der Industrie: Sozialökologischer Umbau ↔ Wirtschaftsdemokratie, schafft oder streicht das Arbeitsplätze?

Nur Unternehmensmitbestimmung reicht nicht aus – Umbau nicht forcieren – große Konflikte – gesamtwirtschaftliches Interesse im Forum bedenken – (**Franziska Wiethold**)

- Überkapazitäten in bestimmten Bereichen, mit Mitbestimmung allein nicht zu bewältigen
- Stabilerer und reinerer Kapitalismus wirklich wirksam?
- Bündnis Arbeitnehmer – Belegschaften → Demokratisierung der Betriebe allein ist noch nicht Wirtschaftsdemokratie, sondern stärkt zunächst einmal nur die die Arbeit haben – produktivistisch verkürzter Arbeitsbegriff
- betriebliche Interessen ≠ gesellschaftliche Interessen
- Entwicklung neuer Berufsfelder für den sozialökologischen Umbau → nicht unbedingt positiv für die derzeit Beschäftigten, Angst vor Arbeitsplatzverlust

(**Rainer Knerler**): Mitbestimmung verlief in der Krise gut

Wortgefecht:

Rainer Knerler: betriebliche Mitbestimmung bringe nichts

Uwe Stoffregen: bei VW doch

Rainer Knerler: nennt auch Gegenbeispiele aus Berlin

- Besitzverhältnisse
- Kultur in den Betrieben – Mitbestimmungskultur

Franziska Wiethold: Gelte aber nur in Großbetrieben → Lösung: Etablierung von Mitbestimmung in kleineren Betrieben

Wie reagiert IG-Metall auf Konversionsfragen? – Zeitplan für gesamtwirtschaftliche Veränderungen?
(Frieder O. Wolf)

Franziska Wiethold → gesamtwirtschaftlicher Umbau, über Planung → Veränderungen einleiten,
an Rainer Knerler: Was ist mit Mitbestimmung im öffentlichen Dienst schiefgelaufen?
Beispiel des rheinischen Kapitalismus zu negativ

Olivier Höbel:

- An Martin Allespach: Ohne Primat der Politik ginge nichts
- Schaffung von Arbeitsplätzen ≠ Mitbestimmung
- US-Konzern [??] gerate an seine politische Grenze ohne Betriebsräte und Arbeitnehmervertreter
- Wirtschaftsdemokratie ↔ Was heißt das für die Industriepolitik?
- Beispiel „Cimonda“ in Portugal

Helmut Martens: Wie viel Planung ist für den Umbau auch auf Unternehmensübergreifender Ebene möglich? H. M. kann gut verstehen, dass Gewerkschaftspraktiker stark von den gegebenen Institutionen her denken, aber das greift in Phasen tiefer Umbrüche zu kurz. Man muss Beteiligung, Demokratisierung, Mitbestimmung „von unten“ stärker akzentuieren, über radikaldemokratische Ansätze nachdenken, dazu auch außerhalb der eigenen Traditionslinien gucken, z.B. bei H. Arendt.

Pia Paust-Lassen: Reparaturfreundliche Produkte, Umbauszenarien: es gibt schon einen Plan seit Rio 92 (UN zur Nachhaltigen Entwicklung) – seit 20 Jahren ist nicht viel für den sozial-ökologischen Umbau getan worden – Bildung ist für den Umbau auch ein entscheidender Faktor

- zu Peter: Wie Umbau organisieren ohne Umbruch?
- Nachhaltige Entwicklung = wichtiger Prozess
- Begrüßt den Kurswechsel von Gewerkschaften
- Kleine Betriebe (und mittlere) müssen unterstützt werden ↔ Recyceln von Produkten; neue reparaturfreundliche Produkte

Martin Allespach: Hegemonie nicht den Neoliberalen überlassen - vielschichtiger Prozess – Emanzipationsbewegung – Bildung – Verwirklichungschancen.

- Setzt intellektuelle Geistesfähigkeit voraus
- Erfolg von Emanzipationsbewegungen abhängig von Machtverhältnissen
- An Olivier: politische Aktionen?; Leitbilder; Was ist das: Gute Arbeit?
- An Pia: Gutes Leben → Bildung!!! Sehr zu unterstützen.
- Wie nutzt man seine Rechte?
- Berufliche Tüchtigkeit – Berufliche Mündigkeit
- Rahmenbedingungen?
- Wirtschaftsdemokratie ist nicht die einzige Frage, aber eine *zentrale* Frage!!!
- Stimmt Olivier zu: Was ist Industriepolitik?
 - Muss ökologisch vertretbar sein
 - CO₂-Belastung und Ressourcen müssen berücksichtigt werden
 - Muss durch langfristige Weiterbildungsmaßnahmen begleitet werden (knüpft damit an Helmut an)

„Markt – Regulierung – Plan: Anmerkungen über die Grundlagen und Erfahrungen demokratischer Wirtschaftssteuerung“

Vortrag von Dr. Ralf Ptak (Vertretungsprof.)

Liegt als ppt-Datei auf der website vor.

- Zentraler Blick auf gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung
- Keine Gedanken zur konkreten Durchsetzung – derzeit sei die „Phase der Idee“
- Frage der Steuerung wirtschaftlicher Prozesse wird ideologisch und utopisch behandelt
- Koordination von Wirtschaftsprozessen ist **die** zentrale Frage für „Neue Wirtschaftsdemokratie“
- Zentralverwaltungswirtschaft (Begriff aus den Lehrbüchern) = Planwirtschaft
- Was sind Märkte?
- Kritik an Marktökonomien und Regulierungsformen
- Marktversagen, Marktfehler, strukturelles Versagen?
- Anforderungen an eine demokratische Wirtschaftssteuerung: Starker öffentlicher Sektor, verbindlicher makroökonomischer Zielkorridor, Märkte als *Instrumente*, Verfahren der Beteiligung **aller** Akteure; umfassende öffentliche politisch-ökonomische Bildung; Förderung und Forschung zu alternativen Wirtschaftsformen (Innovationsräte)
- Anforderungen an eine demokratisch-ökonomische Bildung: Multiperspektivität, Pluralität, Kontroversität, Interdisziplinarität.
- Würdigt zum Abschluss die Papiere von Dieter Scholz/Helmut Martens, Detlef Hensche und Franziska Wiethold als „**Starke Papiere**“

Rückfragen und Debatte im Plenum

Moderation: Helmut Martens

Sebastian (Diplomand bei Ralf Ptak): Projekt in Brasilien funktioniert schon, ist aber noch im Aufbau –Widerspricht seinem Dozenten, dass Wirtschaftsdemokratie nicht funktionieren würde und verweist auf seine Diplomarbeit über Brasilien mit zwei Fallstudien.

Olivier Höbel: Freiheitsbegriff diskutieren – Strukturformen

Pia P-L: Hinweis auf die „Spandauer Thesen“, in denen die Wiederaneignung des Freiheitsbegriffs ein ganz zentraler Punkt gewesen ist

Olivier Höbel: Frage der industriellen Fertigung, interessengeleitete Produktionsform, → Umstrukturierung

- Neue Institution schaffen: Wie benennen? **Agentur für Umstrukturierung?**
- Stellenwert der Öffentlichkeit?

NN: Lebenswelten der Produktion

- Menschen, die produktionsfern sind, seien schwer zu erreichen, insbesondere Schüler und Studenten → sozialer Aufstieg durch BAFöG
- Dienstleistung → je qualifizierter, desto ferner für Gewerkschaften
- Wie demokratisch soll es denn sein? – Verbürgerlichung von Gesellschaft nehme zu
- Welche Bereiche sollen privat sein?
- Wirtschaftsdemokratie vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen

Urs Müller-Plantenberg: Schreckte bei dem Wort „Individualismus“ im Vortrag von Ptak zusammen

- Stichwort: Chile
- Solidarisches Volk sei zum Individualismus erzogen worden
- Pinochet
- Soziale Kälte → auch in Chile

Clarita Müller-Plantenberg: Soziale Kälte – Solidarität ablegen (Stichwort Chile) - auf die Subjekte (kollektiv) schauen (Bsp. Arbeiterbewegung) - welche Rolle bekommen die Gewerkschaften? – Was motiviert Menschen? – Alternativen

- Wurzeln der Arbeiterbewegung = Subjekt
- **Solidarische Ökonomie**
 - Lateinamerika
 - USA
 - Deutschland → neues Forum
 - Welche Rolle kommt den Gewerkschaften zu?

Paul Oehlke: Soziale Gerechtigkeit immer noch Leitgedanke – Frage nach Privateigentum – warum keine Finanzdienstleistungen? – Rolle gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse? –

- → Norwegen u. a. mit starken Gewerkschaften
- an den Referenten (Ptak): Marktwirtschaft sei immer mit Privatwirtschaft verknüpft → als Angelpunkt, Frage der Lohnarbeit
- Chile
- Arbeitskämpfe seien vorausgegangen → das verwunderte ihn
- Deutschland – bundesrepublikanische Entwicklung nach dem 2. WK

Dieter Scholz: Weg aus der Krise?

- Markt als Instrument – Markt als gesellschaftliches Konstrukt → Konsequenzen?
- Markt und Planung → ECO Stahl (reine Planwirtschaft, planen Profit, nicht Stahl)
- Macht und Herrschaft

Frieder O. Wolf: Jeder muss die Möglichkeit haben, das Leben so zu führen, wie er/sie möchte – Frage der Freiheit – politische Akzente auch gegen die Märkte? – Freiheitsgedanke = ambivalent. Freiheitsbegriff? – Autonomiewünsche? – Idee der Selbstverwirklichung – Freiheitsverluste

Franziska Wiethold: Indirekte Freiheit erkämpfen (Arbeiterkampf) – 30% Studenten Beweis für Ausbruch aus dem klassischen System (was jetzt wieder zugemauert werden soll – Bildungssystem) – Menschen müssen genug Geld haben, um am Markt etwas zu konsumieren –

- ihr fehle auch der Individualismus
- man habe sich vom Neoliberalismus unterkriegen lassen
- lehnt den Begriff „Arbeiter“ ab (sei zu altbacken und richtete sich auch gegen Frauen)
- Arbeiterbewegung richtete sich gegen Zwänge
- Neoliberalismus berücksichtige nicht das Individuum
- Individuum sei nur ein kleines Rädchen im gesamten System, das zu funktionieren habe
- Zu Paul: die zunehmende Forderung nach sozialer Gerechtigkeit zeige, dass der Neoliberalismus nicht überall gesiegt habe

Lothar: Knüpft an den Freiheitsgedanken an, Autonomiewünsche der Menschen sollten nicht nur negativ gesehen werden → „berechtigter Autonomiewunsch“, aber Freiheitsverluste durch Neoliberalismus, ILO-Mindeststandards; Qualitätsnachweise; Preis-Leistungs-Verhältnis

- Wo sind Ansatzpunkte der Wirtschaftsdemokratie?
- Überall werden Interventionen nötig!
- Vorgänge müssen politisiert werden!

Schlusswort: Ralf Ptak

Alle Werte (Freiheit, Solidarität, Gleichheit, Gerechtigkeit) rekonstruieren – Vorstellung: Märkte auf Grundnutzen reduzieren bzw. begrenzen –

Freiheitsdebatte: Zentral im Neoliberalismus, Unterschiede zur Neoklassik

Individualismus: zu Urs → Missverständnis; äußerte sich gegen Individualismus als Prinzip, da stimmte ihm Urs zu.

Finanzsektor sollte über makroökonomische Planung indirekt geplant werden → kleiner und enger Handlungsspielraum.

„Europäische Wirtschaftspolitik in Zeiten der Eurokrise“ Vortrag von Dr. Dierk Hirschel

Liegt als Dokument/Datei vor.

Neoliberale Lesart der Krise:

- Schuldenkrise ist Ergebnis laxer Haushaltspolitik
- Leistungsbilanzen sind Leistungszeugnisse (die schlechten Schüler müssen sich ändern)
- Kapitalmärkte als geeignete Schiedsrichter für solide Haushaltsführung.
- Haben die südeuropäischen Arbeitnehmer über ihre Verhältnisse gelebt?
- Lohnentwicklung in der EWU
- Konstruktionsfehler der Währungsunion: Reine Marktintegration statt Politische Union; keine europäische Finanzpolitik; keine Koordinierung der nationalen Lohnpolitiken; reine Preisstabilitätsorientierung der Geldpolitik; unregulierte Kapitalmärkte.
- Neues Regelwerk aus Brüssel: Rettungsschirm (ESFS); Aufbau Stabilitätsmechanismus (ESM); Härtung Stabilitätspakt; Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte; Pakt für den Euro.
- Südeuropa versinkt im Krisensumpf (BIP-Entwicklungen)
- Politischer Kurswechsel: Europäische Wachstumsstrategie (New Deal für Europa, Stimulierung der Binnennachfrage in den Überschussländern, Stopp der Austeritätspolitik) und Koordinierung von Finanz-, Lohn- und Sozialpolitiken; Schaffung einer Europäischen Wirtschaftsregierung; neue Regeln für die Kapitalmärkte.

Debatte im Plenum Moderation: Dr. Kai Lindemann

Anne Karrass: Krise ist nicht nur wirtschaftliches Problem, sondern auch ein Demokratieproblem.

Clarita Müller-Plantenberg: Warum nicht erst andere Kosten als die sozialen Kosten und die Löhne senken? – Situation in China noch schlimmer als in Europa

Urs Müller-Plantenberg: Ablehnung der These, dass südlich Länder nicht sparsam bzw. „sparsamkeitsverdrossen“ seien, hohe Löhne ≠ Problem, denn hohe Gewinne – hohe Kosten – Warum nicht senkbar?

Paul Oehlke: Klassenkampf von oben – reale Situation –

- Warnt vor Lohn- und Steuerdumping
- Deutschland → Lohnabhängigkeit (Exportserfolge hängen u.a. von der gesunkenen Lohnquote ab)
- „doppelte Ausbeutungsfunktion“
- In den Statistiken tauche die tatsächlich erfolgte Umverteilung nicht auf

- mehr Beteiligung der Gewerkschaften

Olivier Höbel: Widerspruch – Folge der Forderungen der Gewerkschaften: höhere Lohn-Stückkosten

Franziska Wiethold: Lösung der Probleme nicht über die Löhne, sondern über die Produktivität

Dierk Hirschel: Ungleichgewichte und Belastungen des Euro werden größer – Es gibt zwei Möglichkeiten → 1.: Knall – Länder haben danach wieder die eigene, alte Währung – oder 2.: Rettungsschirm - reicht kurzfristig, dann aber bald Schuldenschnitt – oder auch: Frankreich und Deutschland ziehen den Süden mit aus dem Sumpf – nicht wahrscheinlich! –

- Deutschland exportiert für 100 Mrd. Euro in den Süden der EU
- Nicht viel – nur 15% der Gesamtexporte
- Widersprüche spitzen sich zu → ökonomische Verwerfungen
- Bankensektor → Schuldenschnit → nächste Finanzkrise → EK nur 3%
- Erhofft sich mehr Intervention und Einsatz von den Industriegewerkschaften
- Demokratiedefizit in der Eurozone
 - Rechte des Parlaments auf dem Stand von vor der Französischen Revolution
 - ‚Mehr-schlecht-als-recht-Lösungen‘

Kai Lindemann: Lohnsteigerungen auf Arbeitgeberseite wünschenswert? Auch für sie vorteilhaft?

Dierk Hirschel: NEIN – Kräfteverhältnis von Macht, Überbrückung von Interessenskonflikten durch keynesianisches Krisenmanagement → Kapitalmarktregulierung

Olivier Höbel: Widerspruch in der Präsentation: Lohnforderung der Gewerkschaft seien der Inflation gefolgt, schlechte Politik muss es gegeben haben: Warum haben Probleme anderer Länder auch Auswirkungen im eigenem Land? → Wie macht man das den eigenen Leuten klar?

- Kernfrage: Einführung einer *europäischen Industriepolitik*?

Uli: Lohnstückkosten allein können nicht sinkende Löhne erklären, Produkte (z.B. aus Italien, Spanien) als solche können nicht mehr verkauft werden ← minderwertige Produktion kann keine Lohnsteigerungen hervorrufen → Verfestigung des Nord-Süd-Gefälles
Verlagerung der Arbeitsplätze nach China: **Geox** hat 50 Mitarbeiter in Italien, der Rest befindet sich in China.

Samstag, 12. März 2011

Begrüßung (Pia)

- Vorab aus aktuellem Anlass: Greenpeace Mitarbeiter schätzt Situation nach mehreren Erdbeben und dem GAU der Atomkraftwerke in Japan / Fukushima als folgenschwerer ein als in Tschernobyl 1986 – Technik offensichtlich nicht mehr beherrschbar
- Diese Tagung 2011 ist die 9. Jahrestagung des Forums (2002 war die erste)

Themen der Jahrestagungen von 2002 bis heute:

2010: „Klassen und Subjekte – neue Bedingungen und Formen solidarischen Handelns in der Krise“
Wie können die Gewerkschaften unter Krisenbedingungen zum solidarischen Handeln beitragen?
Klassen und Subjekte, Subjektivierung der Arbeit

2009: Europa sind wir. Wege aus der europäischen Krise. Für einen neuen europäischen Gesellschaftsvertrag

2008: Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung

2007: Das Ende der Arbeitsgesellschaft wie wir sie kennen...

2006: Wie kann die Arbeitsgesellschaft neu verfasst werden?

2005: Nach dem Epochenbruch: Übergänge zu einer neuen Politik der Arbeit und Menschenwürde in der Arbeitswelt

2003: Wissenspolitik und Arbeitspolitik – Bausteine für einen neuen Gesellschaftsvertrag

2002: Arbeit in der neuen Zeit – Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, neue Politik der Arbeit.

Diverse Workshops, u.a. zum Thema „Neue Wirtschaftsdemokratie“ seit Frühjahr 2010.

- gestern Beiträge: IG-Metall Vorschlag Kurswechsel – Wirtschaftsdemokratie als Instrument –
- Eurokrise
- Begriffe „Bildung“ und „Wissen“ sowie „Freiheit“ wieder erobern – Spandauer Thesen!
- Hinweis auf die Publikationen des FNPA (Büchertisch!).

„Neue Wirtschaftsdemokratie aus der Perspektive von KMU's“

Vortrag von Joachim Mertens (Firma Optotec)

- neue Aspekte der Wirtschaftsdemokratie – Quellen Martens/Scholz Herausforderung
- Krise noch nicht vorüber – kleine- und mittelständische Betriebe tragen die Last
- ein „ist überstanden“ darf es nicht geben – neuer Konsens der Wirtschaftsdemokratie → immanente Bedeutung: Wirtschaftsdemokratie als gesellschaftlicher Konsens → Stuttgart 21; Brandenburg/Berlin hätten nicht das gesamtwirtschaftliche Potenzial
- Sie seien als kleine Gruppe von KMU Resultat und Teil von „global denken/lokal handeln“ – Ansatz: KMU Netzwerke (seit einigen Jahren schon)
- Optotec baut Instrumente, die Optiker benötigen.
- Er sei 91 Unternehmer geworden, was ihm nicht in die Wiege gelegt worden sei
- Die Rathenower Tradition (Linsen und Brillengläser) reiche 220 Jahre zurück
- In den 1920er Jahren gab es bei 20.000 Einwohnern hunderte Betriebe mit ca. 5000 Beschäftigten
- Ende der 1970er Jahre wurde das in der DDR zu einem Betrieb zusammengefasst.
- Heute hätten sie für ca. 1.300 Beschäftigte insgesamt die industrielle Basis für die Fertigung von Brillen und Prozessen der Brillenfertigung geschaffen.
- In dem Feld seien sie der größte und vielfältigste Standort.
- Sie untergliedern sich in 2 Unternehmen mit insgesamt 700 Beschäftigten und weitere 25 mit bis zu 30 Mitarbeitern.
- Bis zur Mitte der 1990er Jahre wurden sie nicht sehr zur Kenntnis genommen. Es gab erste Insolvenzen. Das war Anlass der NW-Bildung.
- Das Land Brandenburg wurde aufmerksam. Es gab eine Initiative von IGM und Landesregierung.
- Der NW-Gedanke wurde zum strategischen Ansatz.
- Es gab von Berlin aus wichtige und gute Beratung.
- Es gibt im NW eine bis heute anhaltende Prozessentwicklung, auch über Rathenow hinaus.
- Netzwerkgedanke als Strategie – heute sind es überregionale Netzwerke
- Stärken: Starker Zusammenhalt, Vertrauen, Informationsaustausch zwischen Netzwerkpartnern → Kooperation zwischen den Unternehmen sichert und schafft Arbeit, gute Selbstdarstellung in den Medien (regionale Presse)
- Schwäche: Strategische Planung
- 2010 neue Mitglieder (40) – Konzept bietet messbare Erfolge („Das hat Bestand gegen die Großen. Der Leitgedanke ist: Aus wirtschaftlicher Verantwortung und sozialer Vernunft“.)
- Netzwerkdemokratie – (gegenseitiger Anstand + Informationen + Kooperationen)
- aber in der Fachpresse andere Darstellung
- man muss sich gegen weltweit agierende Konzerne behaupten
- Als Netz kann schnell auf gesellschaftliche Prozesse reagiert werden (z. B. Ausländerfeindlichkeit in Brandenburg)
- auch kommerzieller Erfolg zählt (Export – erlebbarer Erfolg)

- man spürt das Wirken im Netzwerk – ist erlebbarer geworden (z.B. Messestand als Gemeinschaftsstand wahrnehmbar – als gleichwertig zu weltweiter Konkurrenz)
- aber unterliegen kapitalistischen Zwängen
- es gibt zwar Absatzmarktzwänge - aber denen gegenüber Aufstellung mit Vernunft (keine Leiharbeit im Netzwerk und keine Niedriglöhne)
- Beispiel aus der Absatzpraxis: in den 90er Jahren lag die Tragezeit einer Brille bei 2,5 Jahren – heute werden erst nach ca. 4,5 Jahren die Brillen gewechselt.
- und das hat nicht medizinische Gründe, der Neukauf wird geschoben, da die Mittel nicht mehr so vorhanden sind (Gesundheitsreform)
- auch durch Mindestlohn, verdeckte Arbeitslosigkeit, Hartz IV
- Netzwerk soll Marktbestimmung und Wahrnehmung verbessern bzw. fördern/festigen:
- Wir haben eine KMU-immanante Schwäche strategischer Planung über das NW aufgebrochen.
- Die einzelnen Unternehmen sind zu klein, um abzuschätzen: wohin bewegt sich die Branche? Was kommt auf uns zu? Worauf müssen wir uns strategisch ausrichten? Das NW bestimmt so die strategische Ausrichtung der operativen Arbeit.
- Etwa: weg von synthetischen Rohstoffen zu hochwertigen Produkten, Energieeffizienz
- Schwächen der Planung (Strategie) anhand der Strecke aufgebrochen (Entscheidungspolitik – Korrekturmaßnahmen)
- neue und erneuerbare Ressourcen sollen stärker mit einbezogen werden, deren Thematisierung
- Prozess immer wieder aufarbeiten und verfolgen
- Werthaltigkeit – auch nachhaltige/erneuerbare Rohstoffe z.B. wieder Horn; Energieeffizienz; erneuerbare Energiequellen
- Netzwerk hat genug Substanz und Kräfte, um eine gewisse Bedeutung für regionale und Landespolitik zu haben
- Kompetenzfeld Optik mit gestaltet – Ansätze für Krisenmanagement gebildet
- Versuch neuer Wege in der Personalpolitik – Arbeitszeit + Einbezug Mitarbeiter
- auch Weiter- und Ausbildung soll im Netzwerk vermittelt werden – Bindung von Jugend in der Region (Die Jugend läuft weg, wie können wir sie binden?)
- auch Auslandsvertretung gibt es
- Schritte gegen konzernorientierte Wirtschaftspolitik
- Aus diesem Gesamtkontext gab es auch Ansätze, um mit der Krise besser fertig zu werden (Innovation, Krisenbewältigung)
- Aus dem NW gibt es erste Ansätze innovativer Arbeitszeitpolitik (Arbeitszeitregelungen, Einbeziehung der Mitarbeiter in die Arbeitszeitorganisation)
- Bausteine für Weiterbildung und deren Standardisierung und dafür Weiterbildungsmaßnahmen im NW
- Bindung der Jugend in der Region
- Absicht eine Professur aufzubauen
- alle diese Aktivitäten würden die einzelnen KMU überfordern und haben auch etwas mit Wirtschaftsdemokratie zu tun.
- Wenn es viele solche Ansätze gäbe, sehe die Welt vielleicht ein klein wenig anders aus.
- „nehmt uns mit auf den Weg in eine neue Wirtschaftsdemokratie“ – Suche nach Bündnispartnern
- Fazit: „Wir sind auf dem Weg“ → Verweis auf Asterix auf Wanderpfaden durch das römische Reich

Debatte im Plenum

Moderation: Pia Paust-Lassen

- Fragen zur Funktionsweise des Netzwerkes: in der Gemeinschaft stark, was sind die Probleme – wie funktioniert das im Netzwerk?
- wie war die Ausrichtung zu Beginn des Netzwerkes? – Gibt es Leiharbeit – Konkurrenz – wie wird Netzwerk am Leben erhalten?

- Kleinbetriebe zu wenig im Blick der Gewerkschaften – Gewerkschaften im Verhältnis zu Netzwerken?
- Was folgt, wenn jemand nicht mitzieht? – wie ist dann der Umgang damit – Umgang mit den Kernbereichen?
- Betriebe im Netzwerk tarifgebunden? – Pflicht für die Mitglieder?
- wie viele Betriebe sind im Netzwerk? Öffentlicher Zusammenschluss oder offener?
- dieses Netzwerk unterstützt einen speziellen Bereich – wie lässt sich das auf andere Bereiche/Sparten übertragen?
- Wirtschaftsdemokratie legitimiert sich durch Produktionsbewältigung
- ist Wirtschaftsdemokratie auch ein Kernbegriff des Netzwerkes? – auch nach außen sichtbar?
- wie kann man das Netzwerk beständig machen? – Personalfuktuation – altersbedingter Austausch – Ressourcenprobleme – Kontakt zu Ministerium möglich?

Frage aus dem Plenum:

habe selber in Netzwerken erforscht, Problem: Jeder Partner sei auf eigene Rechnung tätig in Kooperation mit anderen. → brechen ein – Widerspruch ?
Gemeinsam mehr erreichen, als alleine → dieses Bewusstsein sei stets gefährdet
Wie sieht das in deren Netzwerk aus?

Frage aus dem Plenum:

Ausprägung unterschiedlich: Image, Standortentwicklung,
Dimension der betriebswirtschaftlichen Dimension ergänzt durch Niedriglohn, Schmuttelarbeit etc.
Wie ist diese Debatte in seinem Netzwerk geführt worden?
Neue Dimension des neuen Einmischens?

Franziska Wiethold:

- Gewerkschaften übersehen kleinere Dimensionen auf regionaler Ebene
- Qualität in Nischen
- Assoziationen: in mehreren Branchen existieren Genossenschaften, die auf dem Zusammenschluss von Selbstständigen basieren

Ralf Ptak:

- Frage der nachhaltigen Produktionsweise → Verbindlichkeit? Wie wird darüber diskutiert? Prozesse – Kernbereich.

Frage aus dem Plenum:

- Abwanderung aufgrund höherer Tariflöhne in den Westen?
- Entscheidende Rolle?
- Grund für Mitgliedschaft in Netzwerken?

Clarita Müller-Plantenberg: Welche Rechtsform hat das Netzwerk?

Frieder O. Wolf:

- Wissenschaftsbezogene Berufsfelder als erklärender Ansatz für Netzwerke (das war historisch „gelehrtes Handwerk“ mit immer schon einigen Besonderheiten)
- Auch bei Zeiss: Einbindung von Gewerkschaften; spezifischer Inhalt der Arbeit
- Heute generell: Zunehmende Bedeutung für Wissen in der Arbeit → Wissensarbeit – hier sei auch ein Anknüpfungspunkt zur Debatte im FNPA

Dieter Scholz:

- Wirtschaftsdemokratie → makroökonomische Produktionsprozesse müssen durch Wirtschaftsdemokratie besser zu bewältigen sein
- klassische Rolle der Gewerkschaften – emanzipatorische Gewerkschaften
- Netzwerke als neues Feld
- Wirtschaftsdemokratie im Optotec-Netzwerk überhaupt thematisiert?

- Offensives Marketing

Werner Fricke:

- Versuchte selber Netzwerk in Braunschweig
- Wie kann man Netzwerke langfristig beständiger konstruieren?
- Ressourcen?
- Bewältigung von öffentlichen Aufgaben → welche Überlegung? – Kontakt mit brandenburgischen Ministerien?
- Personelle Kontinuitäten? – warnt vor Zusammenbruch durch Alterung der beteiligten Personen

Clarita Müller-Plantenberg:

- Verweist auf Mondragon (Zusammenschluss von Initiativen der Solidarischen Ökonomie), kein klassisches Netzwerk, hat auch eine Uni, eine Bank etc., muss weiter diskutiert werden.

Antworten von Joachim Mertens:

- Management: man braucht Organisatoren
- gemeinsame Zielrichtung (ökonomisch)
- z.B. hochwertige Print-Werbung im Verbund
- Netzwerk-Ethik muss gewahrt werden – ansonsten Ausschluss der Unternehmen
- z.B. durch Auslandsprojekte „Zukunft“ schaffen – auch Produktinnovationen (auf der letzten Messe konnten 3 Weltneuheiten vorgestellt werden)
- Netzwerk war GbR zur Gründungszeit – später e.V.
- Projekte auf Landesebene in Absprache mit dem Ministerium – Versuch, Mittel zu beschaffen
- Mittel sind Mitgliedsbeiträge in erster Linie (5.000 € pro Jahr und Betrieb fließen ins Netzwerk)
- vorbereitete Jugend soll alte Generation ablösen
- Wirtschaftsdemokratie ist Begriff im Netzwerk, aber aus ökonomischer Sicht – nicht aus politischer
- 7 von 70 Betrieben haben einen Betriebsrat – manche haben Abneigung gegen Demokratie – auch sehr viele kleine Betriebe – Angst, Macht abzugeben oder dann auch diese Verlust-Lücke wieder aufzufüllen (gerade die kleinen Betriebe)
- tarifliche oder stellenweise leicht übertarifliche Löhne
- nicht Mitglied im Arbeitgeberverband
- Zukunft schaffen?
- Auslandsfirmen entwickelten sich weiter → Auslandsvertretung (in Austria)
→ durch Bündelung, i.e. kommerzielle Bilanz,
- Beständigkeit: Präsenz in Produktentwicklung;
- Entwicklungsformen
 - Gründung: 6 Mitglieder + assoziierte Mitglieder → Umwandlung in Verein
 - Organisation: innerhalb des Netzwerkes entstanden; Umstrukturierung im Konzern schwierig ← Interessenpluralismus
 - Erfahrung = Stärken!!! → Abstimmung mit Ministerien fehlgeschlagen; allerdings gute Beziehungen zu Wirtschafts- und Bildungsministerien → alles habe Grenzen – Projekte hätten manchmal lange Beine

Podium zum Thema „Ansätze und Perspektiven neuer Wirtschaftsdemokratie“

Moderation: Frieder O. Wolf

- Was heißt „Widergewinnung des Primats der demokratischen Politik“? (**Frieder**)

Dierk Hirschel:

Zur Einleitung – Grundvorstellung des wirtschaftsdemokratischen Diskurses – mit 3 Grundprinzipen:

1. **Demokratisierung aller wirtschaftlichen Ebenen**, Wirtschafts- und Sozialräte, Branche und Region, gesamtwirtschaftliche Ebene, z.B. Investitionsleitung und –steuerung
Ebene Branche: Eindämmung Konkurrenz – Betriebe
2. **Überwindung der Dichotomie von Markt und Staat** → Markt und Staat nicht als Gegensätze dazu hat sich die Linke viel zu sehr im vorgegebenen Rahmen bewegt, ein Umbau der Wirtschaft geht nicht einfach in diesem überkommenen Rahmen.
3. Es geht um **gemischte Wirtschaft**, Genossenschaften, staatliches Eigentum etc.; Profitstreben wird gebrochen. Es geht um vielfältige Ansatzpunkte.

=> Politische und soziale Demokratie gehören zusammen. Erstere verlebensbedingt auch letztere.

Es geht um: verschiedene Eigentumsformen/Pluralismus (privat/genossenschaftlich), verschiedene wirtschaftspolitische Steuerungsformen: → regulierter Wettbewerb, → Profit gebrochen durch Verbraucherschutz, Tarifverträge etc.; Grenzen der Steuerpolitik (Regierungslinke aktiv).

⇒ **Auf dieser Grundlage kann man die Debatte zu Wirtschaftsdemokratie sehr gut strukturieren.**

Welche Hebel haben wir im Bereich der Finanzdienstleistungen? (unter Berücksichtigung, dessen, dass wir als ver.di da miserabel aufgestellt sind) – Aber Debatte dazu: ordnungspolitisch oder sozialisieren, weil das auch ein öffentliches Gut ist?

Bei den sozialen Dienstleistungen (KITAs, Schulen, Gesundheit, Altenpflege) muss man sehen: wenn man das auf der high road ausbauen will, dann geht das nicht privatwirtschaftlich, sondern nur über den Staat. Das erfordert aber höhere staatliche Einnahmen etc.

Olivier Höbel:

1. „**Wirtschaftsdemokratie**“: Wir haben unsere Programmatik (Präambel der IGM) und es gibt das Grundgesetz. Warum spielen die einerseits eine so geringe Rolle, und warum ging es andererseits beim der Hypo-Real-Estate so schnell?
2. Wir stehen erst am **Anfang der Debatte**. Die IGM hat hier im Bezirk über 50% ihrer Mitglieder verloren. Die DGB-Gewerkschaften haben heute kaum noch mehr als 6 Millionen Mitglieder. Es wirkt immer noch die Ernüchterung über den Realsozialismus, also gibt es immer noch sehr verhaltene Reaktionen, wenn es gilt, nach vorne hin zu diskutieren.
3. Wie wird das Thema Wirtschaftsdemokratie **mehrheitsfähig**?
4. Wir haben heute eine junge, gut qualifizierte Generation. Deren Haltung ist: Wir können was, wir lassen uns nicht alles bieten, wir wollen was vom Leben haben. Als Gewerkschaft machen wir zugleich die Erfahrung: Wo wir Konflikte aufgreifen, werden wir auch stärker.
5. Punkte, wo wir **Angebote** machen müssen: Einflussnahme und Vetorecht erhöhen, Mitbestimmungsgrenzen niedriger, Allgemeinwohlverpflichtung ins Aktiengesetz, stärkere Netzwerkstrukturen in allen Bereichen, auch KMU (Gewerkschaften, Betriebe (alle Größen), Politik);

Wir sind als IGM immer noch zu sehr auf Großbetriebe hin orientiert.

Wie können wir Belegschaften im Osten erreichen ohne Betriebsräte? Standards von Gewerkschaften sind dort noch nicht erreicht. Wir haben einen Organisationsgrad, der über alles etwa bei 30% liegt.

==> Die Frage ist, entwickeln wir uns in Richtung auf französische (10%) oder skandinavische Verhältnisse (deutlich über 60%). Wir haben Erfolge mit neuen Organisationsansätzen. Das ist kleinteilig, schafft aber neue Grundlagen.
Erforderlich ist eine Neudefinition von Öffentlichkeit und öffentlichem Interesse. Öffentliches Eigentum? Wer ist eigentlich wem gegenüber verantwortlich? → Was dem Markt entzogen wird, muss neu definiert werden.

Clarita Müller- Plantenberg:

1. „**Hess-Natur**“ soll vom Finanzinvestor Carlyle übernommen werden, der u. a. auch mit Waffenproduktion Geschäfte macht. – „Hess-Natur“ soll jetzt Genossenschaft werden, um die Übernahme zu verhindern.
 2. Wichtig ist, dass man sich hier austauscht über Orientierungen wie „**Gemeinwohlorientierung**“ oder „**Freiheit**“.
 3. Kapitalismus => unfähig Menschen zu integrieren und Umwelt zu erhalten (Risikotechnologien)
 4. Es gibt interessante Ansätze auch in den USA („low road“ oder „high road“): man muss nicht ausverkauft sein und ausgeschlachtet werden, man kann selbst etwas tun. Es gibt Beispiele für **Belegschaftsinitiativen**. Institut gegründet von Gewerkschaft (Central Labour Commune) – bauen Bündnisse auf, führen **Beratungen** durch, weil die Unternehmen unfähig sind, alleine dieses Wissen einzuholen – Hilferufe an Studien)
 5. Mittlere KMUs → ähnliches Thema → Erneuerbare Energie --> Ansätze von S.Ö., in denen versucht wird, die **Gemeinwohlorientierung zum Mittelpunkt** zu machen.
 6. In Detroit: Aufbau einer polytechnischen Schule nach dem Vorbild von Mondragon.
Kardinalfrage: Wie kann Know-how der Unternehmen erhalten bleiben?
 7. **Mondragon**: kein Netzwerk; Genossenschaftskonsortium (Kurze Informationen über dessen Entwicklung seit 1943); hat rege (globale) Kontakte
- Appell: USA, Mondragon und Italien besuchen!!!** Andere politische Rahmenbedingungen kennenlernen!!!
→ Brasilien: Verwebungen aufzeigen und erschaffen; Staatssekretäre für Staatsökonomie
8. Es gibt das aus der gesellschaftlich organisierten Arbeit heraus fallende Drittel der Prekarisierten. Da gehe es um die Frage, wie man dieses Drittel auffangen könne. Man müsse die **Rahmenbedingungen der solidarischen Ökonomie** ansehen. Es gebe da sehr viele Praxen, die sichtbar gemacht werden müssten.

Uwe Stoffregen:

Unterstützt die gleichen 3 Prinzipien wie Dierk Hirschel.

1. Im IGM-Bezirk Niedersachsen-Sachsen-Anhalt hätten sie einen Diskussionsprozess aus gegebenen Krisenansätzen heraus und angesichts fehlender Lösungsansätze.
2. Im Bezirk gebe es im Grund „drei Welten“: a) VW in Salzgitter, b) in Niedersachsen und c) in Sachsen-Anhalt (wo z. B. die Forderung nach Ausweitung der Mitbestimmung auf Unternehmen mit über 1000 Beschäftigten keinerlei Auswirkungen hätte).
3. Wirtschaftsdemokratie muss offenes Konzept sein, und die Betriebe müssen bei der Gestaltung mit einbezogen werden.
4. Beispiel: In Sachsen -Anhalt werden die Solar + Windkonzerne massiv ökonomisch gefördert, aber praktizieren rüde Methoden gegen Mitbestimmung: Skandalisierung auch über die Politik wäre notwendig! Zeitfenster der Krise ist nicht zur Meinungsänderung genutzt worden; mehr Netzwerke müssten aufgebaut werden.
5. Auch die Vertrauensleute und Betriebsräte wollen mitgenommen werden, in den Betrieben müsse also diskutiert werden.

Debatte im Plenum

Moderation: Frieder

- Diskussion zu technokratisch? (**Frieder**)

Dierk Hirschel:

1. Debatte der Wirtschaftsdemokratie wichtig für **Finanzdienstleistungen** → schlechte Ausgangsvoraussetzungen für Gewerkschaften
2. Ordnungspolitische Herangehensweise? → Systeminfarkt – oder laut Linke verstaatlichen?
– Versicherungsdienstleistungen; soziale Dienstleistungen: Gesundheit, Kita, Altenpflege → (Wenn ‚High Road‘: Lohn, Ausstattung, Professionalisierung) → nicht möglich wie in Skandinavien; Ausbau muss staatlich erfolgen, weil privat unmöglich; staatsförmiger Ausbau (bedarfsförmig) mit Rahmenbedingungen für private Formen!

Peter Brödner:

- Mit den vorliegenden Papieren haben wir eine phantastische Diskussionsgrundlage, aber darin fehlt noch: Strukturwandel „weg von der Produktion von Waren hin zur Erzeugung öffentlicher Güter“. (Beispiel Skandinavien)
- Selbst bei der Kernklientel der IG Metall handele es sich doch heute um angestellte Wissensarbeiter. Wissen ist aber ein besonderer Stoff, der sich der Warenform entzieht: Denn Wissen vermehrt sich, wenn es angewendet wird. Es benötigt Formen selbst organisierter Arbeit, es ist ein öffentliches Gut.
- Die Repräsentanten des Kapitals haben das längst begriffen und Formen indirekter Steuerung eingeführt, aber: Die Wissensarbeiter als Fanatiker der Verwertung werden in ihren Berufen in Massen krank, die Frage sei, ob die Gewerkschaften ihre Nöte angemessen ansprechen.
- Und was ist mit dem Widerspruch, dass hier Demokratie erheischt ist, zugleich aber verhindert wird.
- An Wissen kann kein Eigentum geknüpft werden, es ist ein Gut, dass sich durch Nutzung vieler immer weiter vermehrt.

Olivier Höbel:

- Grundsätzlich stimmt er der These des enormen Strukturwandels ja zu, aber es gibt noch immer einen erheblichen industriellen Sektor, und zur Wissensarbeit fände er die Einschätzungen von Peter Brödner doch etwas zu euphorisch. Er sehe eher den Ingenieur von heute als den Facharbeiter von morgen. Ferner sei darauf hinzuweisen, dass unsere Gesellschaft auch von Wissensvorsprüngen lebe.
- Bildungsarbeit sei notwendig.
- Krisenzyklen in der Elektro- und Industriebranche
- Wandel findet statt; Studium hat vielfach die Ausbildung ersetzt; zu privatisiert → allgemein nicht zugänglich; nicht per se negativ (nicht kapitalistisch geprägt) → Wissensvorsprünge wichtig, z. B. für Automobilindustrie.

Frieder O. Wolf:

- Wissensarbeit geht auch einher mit Machtstrukturen – Facharbeiter der Zukunft und nicht der Vergangenheit (Unterschied) –
- zu Wissenschaftsarbeit → kann mit Herrschaftsstruktur einhergehen
- = befreiend = unrichtig → neue Probleme; Facharbeiter der Zukunft ≠ Vergangenheit

Uwe Stoffregen: will Olivier bestärken: Wir hätten noch immer 25 % der Beschäftigten im industriellen Sektor, was für die nationale Volkswirtschaft ein Vorteil sei. Sie plädierten deshalb dafür, diesen Bereich stärker oder unverändert stark in den Fokus zu nehmen.

Immer mehr Arbeiten haben den Charakter von Wissensarbeit, das hätten sie als IGM aber auch durchaus schon im Fokus: Initiativen in Bezug auf die Hochschulen, zweiter Bildungsweg für Facharbeiter. Aber keine Einmischung in Hochschulpolitik.

Werner Fricke:

- Wirtschaftsdemokratie hat keinen Ort bei uns im Moment, aber „Demokratisierung der Wirtschaft“ zielt auf die Herstellung öffentlicher Räume in den Betrieben. Hätte es solche Räume in den Banken gegeben, dann wären vielleicht manche Derivate nie auf den Markt gekommen.
- Unternehmenskultur von unten: etwa über einen parallelen Aufbau einer Entwicklungsorganisation neben der Arbeitsorganisation, und zwar vom Management bis zum ‚Shopfloor‘ als öffentlicher Raum. (Bsp. Skandinavien)

Pia Paust-Lassen:

- Bezieht sich auf Clarita: High Road-Ansatz → Frühwarnsystem (z.B. gegen Übernahmen) wie kann das aufgebaut werden?
- Rekommunalisierung von teilprivatisierten Betrieben (Energie) – will das für Berlin theoretisch durchdiskutieren – neue Wege möglich? –

Heiko Glawe:

- Produkte werden verkauft, die nicht erklärt werden können und nicht verstanden worden sind (Thema Finanzsektor)!
- Was sind qualitative Anforderungen an Wirtschaftsdemokratie?
- Rumänischer Blog mit Tipps zur Unternehmensgründung – Mindestlohnfrage – daraufhin Warnung der Betreiber, nicht noch einmal eine solche Frage zu stellen – Wie soll man die Leute erreichen?
- Demokratische Wirtschaft = sinnvoll; ist aber skeptisch gegenüber Banken-Beispiel
- Mehr Staat = notwendige Voraussetzung, aber nicht hinreichend, z.B. Commerzbank (vor zwei Wochen), Wasserbetriebe Berlin;
- Schutz vor Rückkauf?
- Wie erreicht man Leute? – Beratungsstelle – eigener Blog (Vorschlag)

Dieter Scholz:

- Wie weiter mit dem Thema verfahren?
- Spuren der Wirtschaftsdemokratie studieren und weiter entwickeln,
- Wissen ist nicht privatisierbar?
- Wie das Wissen über die neuen Kanäle vermitteln?
- Sammlungen der Papiere auf der Homepage – jeder kann etwas dazu beitragen –
- Ziel: in 5 Jahren ein Konzeptpapier von 2 Seiten haben zum Thema Wirtschaftsdemokratie –
- Spuren der Wirtschaftsdemokratie zusammenstellen und weiter verfolgen!
- Stichwort: Solidarische Ökonomie: Wissen ist Allmende – kann nicht privatisiert werden

→ Bittet um eine Welle von weiteren Papieren, um Kritik, um schriftliche Debatte!!!

Franziska Wiethold:

- Wie schaffen wir es, das Thema anschlussfähig zu machen?
- Wo sind die Ansatzpunkte für Wirtschaftsdemokratie?
- Die Macht der Banken und die Frage ihrer Verstaatlichung: das waren früher bei der HBV Tabu-Themen. (Es gibt auch Probleme bei den Mitarbeitern, die stolz auf ihren Betrieb sind). Damit müsse man sich heute aber auseinandersetzen. Verdi habe da einige ganz gute Diskussionen begonnen, z. B. dass die Kundenberater bei den Banken keinen Mist verkaufen wollen.

Clarita Müller-Plantenberg:

- Vernetzung der Unternehmen ist ein Problem
- Man muss sich die Praxis der Demokratisierung ansehen.

- „Wissen ist Macht“ --> von wem? – Beispiel „Inkubation“ (Brasilien): Gründungsberatung und Vermittlungsinstitution – Frühwarnsystem
- Nachfolgeregelungen z.B. durch Facharbeiter/Beratungsstellen –
- Statistik und Nicht – Statistik – Was kann man noch machen (rechtzeitig) => Frühwarnsystem?
- Wie ist die Praxis in der Wirtschaftsdemokratie? – Jetzt unterstützen und nicht warten –

Helmut Martens:

- Wissensarbeit fehlt im Thesenpapier,
- wenig öffentliche Aufklärung zum Thema Europakrise
- Wie in öffentliche Diskurse kommen?
- Thomas Jefferson – mehr Anstoß für Debatten schaffen.

Olivier Höbel:

- Es geht um einen Prozess der Demokratisierung, die Herstellung öffentlicher Räume, die Schaffung von Legitimationszweigen.
- Warum gibt es nicht mehr Leute mit aufrechtem Gang?
- Wie sieht sich die Gewerkschaft als Werteorganisation? (Hinweis auf einen Leitartikel von Prantl in der SZ)
- Wertediskussion muss geführt werden – wo will man hin? – welche Werte haben wir aktuell? Die Arbeiterbewegung sei auch eine Wertebewegung gewesen: und welche Werte haben WIR denn? – Werteorientierung –
- **Vorschlag:** Tagung zum Thema Öffentlichkeit in allen Formen

Frieder O. Wolf:

Es ist heute, in hoch komplexen Gesellschaften, sehr schwierig, in dem, was man tue, auch zu überblicken, was das bedeute. Das hat Konsequenzen für die Steuerbarkeit...

Man muss das, was man macht, auch überschauen können (und schauen, was es bewirkt) → Verweis auf den berühmten Schmetterlingsschlag, der irgendwo ein Erdbeben auslöste – wie kann man das fortwährend prüfen in einer Wirtschaftsdemokratie?

Die Protokolle der Arbeitsgruppen sind jeweils extra Papiere.

Die ppt-Präsentationen sind auf der website www.forum-neue-politik-der-arbeit.de zu finden.

Protokoll: Jessica Kücks, Michael Schmid, Helmut Martens, Pia Paust-Lassen.

Eine Kurzfassung des Protokolls ist ebenfalls auf der website zu finden.